

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Marie-Luise Dött, Dr. Christian Ruck, Katherina Reiche (Potsdam), Michael Brand, Cajus Caesar, Dr. Maria Flachsbarth, Josef Göppel, Jens Koeppen, Hartmut Koschyk, Katharina Landgraf, Ingbert Liebing, Dr. Georg Nüßlein, Ulrich Petzold, Dr. Norbert Röttgen, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Frank Schwabe, Marco Bülow, Dirk Becker, Petra Bierwirth, Gerd Bollmann, Martin Burkert, Gabriele Groneberg, Ulrich Kelber, Lothar Mark, Dr. Matthias Miersch, Marko Mühlstein, Detlef Müller (Chemnitz), Thomas Oppermann, Christoph Pries, Heinz Schmitt (Landau), Olaf Scholz, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6423, 16/6424 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans
für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel schreitet voran und beschleunigt sich. Er ist die zentrale ökologische, wirtschaftliche, soziale und sicherheitspolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Aus der Überforderung der Anpassungsfähigkeit vieler Gesellschaften könnten Gewalt und Destabilität erwachsen, die die nationale und internationale Sicherheit in einem bisher unbekannten Ausmaß bedrohen.

Die Erforschung des Klimawandels beruht heute auf einer breiten Datengrundlage und einer geografisch breiteren Erfassung der Erde und hat zu einem viel klareren Verständnis der aktuellen Klimaänderungen geführt. Sie beginnen bereits zur alltäglichen Erscheinung zu werden und erfordern schon jetzt Anpassungsleistungen von Mensch und Natur.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse bestätigen, dass die Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts auf den vom Menschen verstärkten Treibhauseffekt zurückgeht. Bisher hat sich die Erde in den letzten 100 Jahren um 0,74 Grad erwärmt.

Die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre beträgt etwa 380 ppm (380 Teile pro eine Million Teile Luft). Um irreversible Klimaschäden zu verhindern, darf die Konzentration 450 ppm nicht überschreiten und die globale Oberflächentemperatur nicht mehr als 2 Grad über dem vorindustriellen Niveau liegen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Anstieg der Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahren gestoppt und global bis 2050 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Den Industrieländern kommt hier eine besondere Bedeutung zu, sie müssen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Um glaubwürdig zu sein, müssen die Europäische Union ihre vereinbarten Emissionsreduktionsziele und Deutschland die im Rahmen des „burden-sharings“ übernommenen Verpflichtungen erreichen und auch künftig eine Vorreiterrolle übernehmen. Bereits heute stehen Technologien zur Verfügung, die es ermöglichen, den Treibhausgasausstoß deutlich zu reduzieren, wie beispielsweise die erneuerbaren Energien sowie Techniken zur effizienteren Energieerzeugung und -verwendung. Durch Forschung und Entwicklung können diese weiterentwickelt und in ihrer Kosteneffizienz verbessert sowie neue Klimaschutztechnologien hervorgebracht werden. Hierzu sind Anreize für Investitionen, Kostenminderungen sowie weitere Entwicklungen und Anwendungen einer breiten Palette CO₂-armer Technologien zu setzen. Der Einsatz von klimafreundlichen Technologien ist weltweit voranzutreiben.

Das Kyoto-Protokoll bildet den ersten Schritt für die Umsetzung einer frühzeitig eingeleiteten Langzeitstrategie mit kalkulierbaren und anspruchsvollen Zielvorgaben. 1997 konnte man sich auf eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 5 Prozent gegenüber 1990 einigen. Die Ziele des Kyoto-Nachfolgeabkommens müssen viel ambitionierter sein. Der Kampf gegen den Klimawandel und die Anpassung an nicht zu verhindernde Veränderungen wie Überflutungen setzen umgehend neue und global verbindliche internationale Vereinbarungen voraus.

Das Jahr 2007 hat viel Bewegung in die Debatte über den Klimawandel gebracht. Es wurden national und international eine Reihe von Beschlüssen und Entscheidungen getroffen, die der globalen Klimaschutzpolitik neuen Schub gegeben haben. Dazu hat das konsequente Engagement der Bundesregierung den Boden bereitet, die den Klimaschutz sowohl im Rahmen des G8-Vorsitzes als auch der EU-Ratspräsidentschaft ganz oben auf die Agenda gesetzt hat. Die deutsche Doppelpräsidentschaft wurde effektiv genutzt, um der internationalen Klimapolitik neue Dynamik zu verleihen und dabei zwei zentrale Ziele zu verfolgen: das Einleiten der Energiewende und die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls.

Die Weichen für eine integrierte klima- und energiepolitische Strategie der Europäischen Union haben die Staats- und Regierungschefs auf dem Frühjahrsgipfel gestellt. Die EU hat auf die Herausforderungen des sich beschleunigenden Klimawandels reagiert und sich ambitionierte Klimaziele gesetzt. Der Deutsche Bundestag begrüßt die während der deutschen Ratspräsidentschaft getroffene Vereinbarung der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent zu senken, sofern sich andere Industriestaaten zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten.

Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm haben die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen die Vereinten Nationen eindeutig als das zentrale Forum für ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll anerkannt. Sie haben zugleich den Fahrplan für das weitere Vorgehen verabschiedet: Ende 2009 sollen die Verhandlungen über ein neues Klimaschutzabkommen abgeschlossen sein. Dort wurde auch der Grundstein für das langfristige Ziel gelegt, die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens die Hälfte zu senken.

Auch die USA haben erstmals zugestimmt, dieses Ziel ernsthaft in Betracht zu ziehen und auf Bali eine aktive Rolle einzunehmen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt insbesondere das Bekenntnis der G8-Staaten zum UN-Prozess und sieht als Voraussetzung für einen Erfolg, dass die G8-Partner ihre Verpflichtungen ernst nehmen und bereit sind, die Vereinbarungen des Gipfels in klare Ziele und Zeitpläne umzusetzen und nicht zuletzt auch weitere Partner für weitere Klimaschutzanstrengungen zu gewinnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- Impulsgeber für den Klimaschutz zu sein und die Umsetzung der Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls weiter voranzutreiben und alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Umsetzung der Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls zu erreichen;
- die teilnehmenden Staaten der Vertragsstaatenkonferenz mindestens auf einen Fahrplan zu verpflichten, bis 2009 eine gemeinsame Vereinbarung unter dem Dach der Vereinten Nationen zur globalen Klimaschutzpolitik nach 2012 zu erarbeiten. In ihm sollen die wesentlichen Verhandlungsinhalte beschrieben und ein Verhandlungszeitplan festgelegt werden. Versuche, ein Gegenmodell zum Kyoto-Prozess aufzubauen und es den Einzelstaaten zu überlassen, wie sie den Klimawandel angehen werden, sind abzulehnen;
- sich auf der Vertragsstaatenkonferenz auf Bali und in zukünftigen Verhandlungen über eine Fortsetzung der globalen Klimaschutzpolitik nach 2012 dafür einzusetzen, dass die Industrieländer ihrer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht werden und bis 2009 ein anspruchsvolles Klimaregime unter Ausbau der Kyoto-Architektur für die Zeit nach 2012 vereinbaren. Die Einhaltung des 2-Grad-Zieles soll dabei international verbindlich sein. Global müssen die Emissionen hierzu in den kommenden 10 bis 15 Jahren ihren Höhepunkt erreichen und bis 2050 um mindestens 50 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Der IPCC hat in Szenarien, die mit der 2-Grad-Obergrenze noch kompatibel sind, Emissionskorridore für die Industriestaaten von 25 bis 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 ermittelt. Dies soll Grundlage für die Verhandlungen auf Bali sein;
- die Beschlüsse des EU-Frühjahrgipfels 2007 aktiv zu vertreten und darauf zu drängen, dass die dort vereinbarten Ziele eingehalten werden. Für den Fall, dass die EU in diesem Rahmen ihren Treibhausgas-Ausstoß um 30 Prozent gegenüber 1990 reduziert, hat die Bundesregierung erklärt, dass Deutschland dann eine darüber hinausgehende Reduktion seiner Emissionen um 40 Prozent anstreben muss. Darüber hinaus begrüßt der Deutsche Bundestag den Vorschlag der Bundesregierung, im Zuge einer gerechteren Gestaltung der Reduktionsverpflichtungen weltweit zu einer langfristigen Angleichung der Pro-Kopf-Emissionen zu kommen. Ausgehend von einem globalen Emissionsbudget würden die Pro-Kopf-Emissionsrechte aller Länder konvergieren und ab einem festzulegenden „Konvergenzjahr“ (z. B. 2050) übereinstimmen. Ausgehend von der 2-Grad-Obergrenze bedeutet dies, dass jeder Mensch dann nur 2 Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren darf. Bei den großen Industrienationen verursacht gegenwärtig die USA den größten Ausstoß von Kohlendioxid pro Kopf und Jahr mit fast 20 Tonnen und einem Anteil an den globalen Emissionen von mehr als 21 Prozent. Jeder Deutsche stößt im Durchschnitt etwa 10 Tonnen CO₂ aus, die Bürgerinnen und Bürger der EU-25 fast 9 Tonnen, China hat einen Pro-Kopf-Ausstoß von 3 bis 4 Tonnen, der weltweite Durchschnitt liegt bei 4,2 Tonnen;
- darin fortzufahren, die Regierung der USA zur Teilnahme am Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll zu bewegen;

- sich für die schrittweise, angemessene Einbeziehung großer Schwellen- und Entwicklungsländer, insbesondere von China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika in das fortgeschriebene Kyoto-Protokoll einzusetzen;
- sich für eine Aufwertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) als eigenständige und schlagkräftige UN-Umweltorganisation mit einem ihren Aufgaben entsprechenden Budget aus UN-Mitteln einzusetzen;
- sich dafür einzusetzen, dass die G8-Staaten und die fünf großen Schwellenländer als die politisch und wirtschaftlich führenden Staaten einen „Innovationspakt zur Dekarbonisierung“ vereinbaren, wie dies vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) empfohlen wurde;
- strategische Partnerschaften mit Ländern wie z. B. China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika zu forcieren, um sie bei der Entwicklung von nachhaltigen Energiestrategien zu unterstützen, beispielsweise durch weitere CDM-Absprachen, Technologiek Kooperationen und eine Intensivierung der Exportinitiative für erneuerbare Energien und Energieeffizienz;
- die Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel – insbesondere in den Entwicklungsländern – massiv voranzutreiben. Für die enorm hohen Anpassungskosten müssen auf internationaler Ebene die effizientesten Finanzierungs- und Umsetzungsinstrumente entwickelt werden. Es gilt insbesondere zu prüfen, ob und wie das Nairobi Work Programme on impacts, vulnerability and adaptation to climate change bei der Weiterentwicklung bestehender und Schaffung neuer Instrumente dazu einen Beitrag leisten und einen kohärenten Rahmen schaffen kann;
- die Entwicklungsländer darin zu unterstützen, dass ihnen beim Schutz ihrer Wälder im Rahmen des zukünftigen Klimaschutzregimes mehr Anreize gegeben werden, und damit den Erhalt bestehender biologisch terrestrischer Kohlenstoffspeicher, insbesondere der Primärwälder, zu unterstützen;
- das Handlungsfeld Wiederaufforstung und Walderhalt als zentrale Herausforderung des internationalen Klimaschutzes aufzugreifen und mit Blick auf die im Jahr 2008 in Deutschland auszutragende CBD-Konferenz mit Schwerpunkt Wald, Initiativen für den Walderhalt und den damit einhergehenden Schutz der Biodiversität vorzubereiten. Finanzierung und Methodik sind voranzutreiben und gegenüber Entwicklungsländern eingegangene Versprechungen einzuhalten. Insbesondere sollte die Bundesregierung darauf drängen, dass die Weltbank der „Forest Carbon Partnership Facility“ mehr Mittel zur Verfügung stellt, um Entwicklungsländern in ihren Erwartungen weiter entgegenzukommen;
- zur Ergänzung und Unterstützung von Fortschritten im UN-Klimaschutzprozess den Gleneagles-Dialog weiter voranzutreiben, der auf eine anspruchsvolle Modernisierung der Energieversorgung zur Steigerung der Energieeffizienz und auf den Ausbau erneuerbarer Energien gerichtet ist und sich besonders dafür einzusetzen, dass Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen, sich an den Klimawandel anzupassen und ihre wirtschaftliche Entwicklung und Energieversorgung mit klimafreundlichen Technologien zu gestalten, stärker unterstützt werden;
- die Schaffung eines globalen Kohlenstoffmarktes nach dem Vorbild des Emissionshandels in der Europäischen Union und die Weiterentwicklung der flexiblen Mechanismen in die Verhandlungen einzubringen sowie die Arbeit der neu gegründeten International Carbon Action Partnership (ICAP) zur Harmonisierung und Verbindung von internationalen Emissionshandelsystemen aktiv zu unterstützen. Mit der Schaffung eines globalen Kohlenstoffmarktes unter Einschluss der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Proto-

kolls können zusätzliche Finanzquellen erschlossen werden, die für die Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels erforderlich sind;

- sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der Fortschreibung des Kyoto-Protokolls auch die weiteren Treibhausgase des Protokolls, die Emissionen des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs in zukünftigen Verpflichtungszeiträumen den nationalen Inventaren für Treibhausgasemissionen zugeordnet und damit auch in die Minderungspflichten einbezogen werden; dabei müssen internationale Wettbewerbsgesichtspunkte berücksichtigt werden;
- in der zügigen Umsetzung des auf der Klausur der Bundesregierung in Meseberg beschlossenen Maßnahmenpakets fortzufahren und möglichst viele der Punkte vor der Konferenz von Bali zu konkretisieren.

Berlin, den 28. November 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

